

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeb. — Die Einzelnummer kostet 20 Wfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Wfg., bei Platzvorschrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gep. Kolonellsseite 25 Wfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellsseite mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 Wfg. Inserate v. ausw. die 10gep. Kolonellsseite 40 Wfg. bei Platzvorschr. 50 Wfg. Reklameseite 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auktärer, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

14440779 Stimmen mit: Ja.

Der amtliche Wahlleiter errechnet folgendes vorläufige amtliche Endergebnis:

Ja	14 440 779
Nein	584 672
Ungültig	559 370

Zahl der abgegebenen Stimmen 15 584 821
Stimmberichtigte: 39 687 848

Als vor Wochen das Volksbegehren eingeleitet wurde, da war das ein Offenstöß, der von den Arbeiterparteien gegen die Fürsten und die Schwarzweißrotten unternommen wurde. Eine Gegenagitation wurde nicht entfaltet und erst die 12,5 Millionen Stimmen haben den Gegnern gezeigt, welche Gefahr vorhanden war. Aus diesem Grunde mußte im nachhinein damit gerechnet werden, daß bei der endgültigen Entscheidung eine lebhaftere Gegenpropaganda entstehen würde. Das Großkapital und der Großgrundbesitz bangten um ihr Eigentum. Sie haben alle Register gezogen, um das Prinzip des Privateigentums nicht durchbrechen zu lassen. Zuletzt war der Offenstöß gegen das Fürsteneigentum durch die Propaganda der Gegner mehr oder weniger zu einer Abwehrbewegung geworden, und von diesen Gesichtspunkten aus ist das Gesamtergebnis des Volksentscheides zu werten.

Raum je hat eine Reichstagswahl eine so eminent prinzipielle Bedeutung gehabt. Nach der Darstellung der Gegner ging der Kampf um das Eigentumsprinzip überhaupt und wenn sich trotz der Millionenaufwendungen der Gegner 15 Millionen Wähler und Wählerinnen dem Volksentscheid angeschlossen haben, dann ist das im Angesicht der vorerwähnten Gründe ein Erfolg, der weiteste Beachtung finden muß. Man hat zu bedenken, daß der Gegner alle Mienen springen ließ, daß er den „Ketter“ Hindenburg mit seiner Gloire in Bewegung setzte, um den Fürsten, dem Großkapital und dem Großgrundbesitz ihr Eigentum zu retten. Nichtsdestoweniger haben sich weitere 2 Millionen dem Volksentscheid angeschlossen, woraus sich von selbst ergibt, daß das Gesamtergebnis gleichzeitig auch ein unverkennbares Misstrauensvotum gegenüber dem Reichspräsidenten ist. Hindenburg wurde seinerzeit mit insgesamt 14,6 Millionen Stimmen gewählt. Die Anhänger des Volksentscheides haben sich gegen Hindenburg gewandt und ihm befunden, daß sie mit seiner Solidaritätserklärung gegenüber den Aufwertungsbohschwärzen nicht einverstanden sind.

Die Gegenpropaganda der Schwarzweißrotten appellierte an die Eigentumsinstinkte der Kleinen und der Großen. Die letzte Kuh, das „Gärtchen“ und das „Lädchen“ bildeten das Hauptargument. Je mehr der Besitz in kleine Parzellen aufgeteilt, um so größer erschien die Gefahr, daß in diesen Bezirken die Propaganda der Gegner Erfolg haben werde. Dies scheint die Erklärung für den fühlbaren Rückschlag zu sein, den der Kreis Chemnitz-Zwickau erlitten hat. Bereits während der Propaganda konnte man deutlich beobachten, daß in den südlichen Bezirken des Wahlkreises Leipzigs eine ganz andere Stimmung vorhanden war, als in und um Leipzig selbst. Und die nahe an Chemnitz liegenden Unterbezirke des Leipziger Wahlkreises teilen die gleichen Resultate mit dem Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Im Erzgebirge ist das kleine Häuslertum besonders stark ausgeprägt und diese kleinen Hausbesitzer haben sich durch die Propaganda der Gegner in erster Linie kopfschütteln lassen. Darin dürften die Ursachen des Stimmenrückganges in diesem Kreise zu suchen sein. Auch Thüringen hat nicht sonderlich günstig abgeschnitten, obwohl dort die Abstimmungsfrage aktuellste Bedeutung haben mußte. Thüringen hat rund 20 000 Stimmen gewonnen. Es hat beim Volksbegehren nur 39,8 Prozent aufzubringen vermocht. Für den Dresdner Bezirk kann diese Erklärung nicht ohne weiteres gelten, obwohl auch dort mit einer Zunahme von kaum 5 Tausend zu rechnen ist. Von Chemnitz wird uns berichtet und in Leipzig ist ähnlich verfahren worden, daß die Leiter der Wahlbezirke alle Stimmzettel, deren Zetel anstatt des Kreuzes ein „Ja“ enthielt, für ungültig erklärt haben. Chemnitz hätte mit diesen für ungültig erklärten Stimmen die Zahlen des Volksbegehrens wieder erlangt, woraus zu schließen ist, daß diese Maßnahmen, über die noch zu reden sein wird, einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtergebnisse gehabt haben dürften.

Das Verlagen der südlichen Bezirke des Wahlkreises Leipzig hat das zweifelhafte günstige Ergebnis von Leipzig-Stadt und Land und der anderen Wahlbezirke stark zu beeinflussen

vermocht. In Leipzig selbst haben 55,57 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten ihre Stimme mit Ja abgegeben, und im gesamten Reichsbilde der Stadt, also das Stadt- und das unmittelbar benachbarte Landgebiet zusammengenommen, haben sogar 56,36 Proz. Stimmen aufgebracht werden können. Durch das ungünstige Ergebnis in den südlichen Teilen des Kreises wurde die Durchschnittsziffer auf 51,9 % herabgedrückt. Bei dem Volksbegehren hatte der gesamte Kreis Leipzig 48,4 Prozent sämtlicher Wahlberechtigten aufzubringen vermocht. Dabei ist zu beachten, daß dieser Berechnung die Wahlberechtigten aus der Zeit der Präsidentenwahlen zugrunde gelegt worden sind. Seither sind die Wahlberechtigten um rund 11 000 gestiegen, so daß das damalige Prozentverhältnis, gemessen an

den neueren Zahlen, niedriger war. Das Gesamtergebnis ergibt eine Steigerung der Stimmzahl des Wahlkreises um rund 37 000 Stimmen, was im Angesicht des Gesamtergebnisses und der oben angeführten Gesichtspunkte als durchaus günstig anzusehen ist.

Bei alledem ist freilich zu beachten, daß Leipzig bereits zum Volksbegehren nächst Berlin und Chemnitz an dritter Stelle stand, woraus sich ergibt, daß damals bereits alle Kräfte angespannt worden sind. Wenn der gesamte Kreis seine Stimmen, trotz der bereits genannten ungünstigen Umstände, um rund 37 000 zu steigern vermochte, dann ist das der rührigen Propagandarbeit zu danken, die in den letzten Wochen entfaltet worden ist. Zweifellos wäre das Endergebnis günstiger gewesen, wenn die Kommunisten verstanden hätten, sich auf das Fühlen und Denken jener Leute einzustellen, denen das verböhrte Eigentum alles ist, die aber notwendig waren, wenn die 20 Millionen Stimmen aufgebracht werden sollten. Daß die beiden Arbeiterparteien ihre Stimmen gesamt dem ersten Wahlgange der Präsidentenwahl dennoch um 50 Prozent, von 10 auf 14,4 Millionen, zu steigern vermochten, beweist zwar, daß durch die Propaganda große Teile aus den Wahlkreisen anderer Parteien herangeholt worden sind, daß infolgedessen auch ein großer Teil der Aufwertungsgefährdeten für den Volksentscheid gestimmt haben muß. Zweifellos aber hätten die 20 Millionen erreicht werden können, wenn aus diesen Kreisen nicht Hunderttausende durch die Gegenpropaganda der Fürstenfreunde kopfschütteln gemacht worden wären.

Im Gesamtumfange des Reiches hat, wie zu erwarten, Berlin wiederum günstig abgeschnitten. Soweit zu übersehen ist, bleibt es an der Spitze aller anderen Kreise. Charakteristisch ist das erneute starke Anwachsen der Stimmziffern in jenen Kreisen, die bisher als Domänen des Zentrums galten. Trotz der Gegenagitation, die von den Bischöfen und den oberen Kreisen des Akerus entfaltet wurde, ist es nicht gelungen, die Zentrumswähler von der Beteiligung am Volksentscheid fernzuhalten. Im Gegenteil, gerade der Wahlausfall in Bayern und Baden, aber auch in den Zentrumsgenden des Rhein-

Das vorläufige Ergebnis der Wahlkreise.

Wahlkreis	Zahl der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren	Zahl der bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 für SPD, USPD, u. Kommunisten abgegebenen Stimmen	Zahl der gült. Eintragungen für das Volksbegehren v. H. der Stimmzahl i. Spalte 3	Zahl der ortsanw. Stimmberichtigten für Reichspräsidentenwahl 11. Wahlgang am 26. 4. 1925	Zahl der gült. Eintragungen für das Volksbegehren v. H. der Zahl der Stimmberichtigten in Spalte 5	Zahl der Wahlberechtigten am 20. Juni 1926	Stimmberichtigte Ja-Stimmen beim Volksentscheid	Nein-Stimmen und ungültige Stimmen	
Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1 Ostpreußen	186 078	291 079	57,1	1 318 863	12,6	1 301 257	263 902	13 834	
2 Berlin	864 362	593 368	145,7	1 467 237	58,9	1 483 037	942 654	76 264	
3 Potsdam II	514 067	352 967	145,6	1 181 532	43,5	1 082 444	531 863	42 369	
4 Potsdam I	479 491	390 540	122,8	1 175 429	40,8	1 202 005	565 865	47 712	
5 Frankfurt a. d. D.	244 600	272 914	89,6	1 038 777	23,5	1 101 293	297 340	26 356	
6 Pommern	204 715	276 187	74,1	1 148 014	17,8	1 142 650	289 454	17 159	
7 Breslau	383 561	336 343	114,0	1 197 512	32,0	1 195 249	353 108	38 353	
8 Posen	267 415	222 854	120,0	769 460	34,8	768 481	263 093	24 703	
9 Dppeln	153 038	102 621	149,1	791 982	19,3	794 995	193 933	16 863	
10 Magdeburg	377 452	398 104	94,8	1 067 648	35,4	1 058 947	453 800	39 805	
11 Merseburg	307 266	302 600	101,5	396 104	34,3	896 104	351 142	26 845	
12 Thüringen	561 530	483 851	121,1	1 411 556	39,8	1 421 438	580 806	57 256	
13 Schleswig-Holstein	296 073	287 572	103,0	1 005 640	29,4	1 000 491	351 975	29 651	
14 Meckl.-Vms	201 228	205 016	98,2	901 857	22,3	909 953	254 959	23 337	
15 Hannover	162 647	165 512	92,2	652 874	23,4	654 114	180 404	19 325	
16 Südhannover-Braunschweig	441 067	411 521	107,2	1 256 015	35,1	1 236 841	469 106	51 837	
17 Westfalen-Nord	358 081	308 384	116,1	1 334 136	26,8	1 353 756	447 248	35 152	
18 Westfalen-Süd	584 267	483 603	120,8	1 648 767	35,4	1 640 916	727 472	59 404	
19 Hessen-Nassau	538 088	443 292	121,4	1 571 165	34,2	1 581 716	635 382	47 512	
20 Rhin.-Lachen	366 540	223 091	164,3	1 352 900	27,1	1 364 830	466 372	29 636	
21 Coblenz-Trier	118 723	82 580	143,8	749 247	15,8	757 833	134 994	10 107	
22 Düsseldorf-Ost	530 536	370 321	143,3	1 370 820	38,7	1 396 932	584 472	35 294	
23 Düsseldorf-West	259 427	206 400	125,7	1 054 943	24,6	1 067 955	359 836	19 804	
24 Oberbayern-Schwaben	209 071	281 406	74,3	1 537 258	13,6	1 548 527	320 163	14 997	
25 Niederbayern-Oberpfalz	61 822	97 163	63,6	783 207	7,9	778 338	97 581	5 376	
26 Franken	321 760	379 607	84,8	1 563 624	20,6	1 551 192	413 938	14 431	
27 Pfalz	159 081	153 579	103,6	563 743	28,2	565 365	186 104	6 412	
28 Dresden-Bautzen	545 864	439 515	124,2	1 229 105	44,4	1 327 766	551 532	55 513	
29 Leipzig	418 047	355 638	117,5	863 808	48,4	874 883	454 099	45 427	
30 Chemnitz-Zwickau	577 155	448 937	129,1	1 168 670	49,4	1 190 771	540 943	57 223	
31 Württemberg	478 034	336 988	141,9	1 631 808	29,3	1 654 921	563 863	27 688	
32 Baden	500 238	270 230	185,1	1 442 607	34,7	1 432 692	548 203	36 016	
33 Hessen-Darmstadt	325 609	257 033	136,7	867 526	37,5	870 596	348 335	25 806	
34 Hamburg	395 836	295 247	134,1	834 702	47,4	855 000	449 168	40 551	
35 Mecklenburg	161 160	184 906	87,2	573 431	28,1	453 103	159 059	13 694	
	12 523 939	10 688 969	117,2	39 421 617	31,8	39 593 362	14 409 608	1 141 590	

Das Gesamtergebnis ist nachträglich amtlich, wie oben wiedergegeben, berichtet worden. Daraus ergeben sich die Differenzen zwischen den Endzahlen.